



Gesine Meißner Für Niedersachsen, Hamburg und Bremen in Europa

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch wenn derzeit Griechenland und der Euro-Rettungsschirm - nicht nur beim Mitgliederentscheid der FDP, sondern auch in allen europäischen Debatten - im Vordergrund stehen, geht die Arbeit im Europaparlament auf allen Gebieten weiter. Über die Debatten und Abstimmungen der Oktober-Plenarwoche und meine derzeitige Ausschussarbeit berichte ich in dieser Ausgabe.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Debatte über Ergebnisse des Europäischen Rates

In einer Plenardebatte über die Ergebnisse des Gipfels der Staats- und Regierungschefs, der am 23. Oktober 2011 stattfand, diskutierte das EU-Parlament mit Ratspräsident Herman Van Rompuy und Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Während Van Rompuy den Inhalt der erzielten Einigung zwischen den Mitgliedsstaaten hervorhob und lobte und Barroso weitere Reformvorschläge ankündigte, äußerten sich die meisten Fraktionsvorsitzenden zwar erleichtert, aber mahnten mehr europäische Integration an. Angesichts der sich fast überschlagenden Meldungen aus Griechenland bleibt zu hoffen, dass die beschlossenen Maßnahmen bald eine stabilisierende Wirkung zeigen.

Haushaltsvorschlag für 2012

In seinem Standpunkt zum EU-Haushalt 2012, den das Europaparlament im Oktober verabschiedet hat, hat es im Wesentlichen die gleichen Schwerpunkte gesetzt wie die EU-Kommission in ihrem Vorschlag. Danach soll der Gesamthaushalt um 5,23% erhöht werden mit deutlich mehr Mitteln für Forschung und Entwicklung sowie für die Kohäsions- und Strukturfonds. Auch dem Bereich Justiz und Inneres möchte das Parlament im nächsten Jahr mehr Mittel zukommen lassen, um dem erweiterten Aufgabenbereich der Grenzschutzagentur Frontex (vgl. Newsletter Sept. 2011) gerecht zu werden. Hier übten die Abgeordneten Kritik am Standpunkt der EU-Finanzminister vom Juli, der in diesem Bereich Kürzungen vorsieht, obwohl der Grenzschutz zu den Top-Prioritäten des Rates gehört. In der Landwirtschaft befürwortet das Europaparlament die Einrichtung eines Notfallfonds von 250 Mio. Euro für Obst- und Gemüseproduzenten, um künftig für Krisen wie die um EHEC und Entschädigungszahlungen gewappnet zu sein. Darüber hinaus stimmte das Parlament für mehr Geld für Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit und für Hilfsmaßnahmen in Krisengebieten. Einsparungen sieht es durch Umschichtungen im EU-Haushalt und vor allem durch Kürzung des eigenen Haushalts vor. 74,1 Millionen Euro möchte das Europaparlament trotz Mehrbelastung durch zusätzliche Abgeordnete und einen größeren Aufgabenbereich nach dem Vertrag von Lissabon einsparen, indem es seine Verwaltung effektiver organisiert.

Härtere Strafen für Kinderschänder und Kinderpornographie in der EU

Mit großer Mehrheit nahm das Plenum des EU-Parlaments eine neue "Richtlinie zur Bekämpfung sexuellen Missbrauchs und der Ausbeutung von Kindern und Kinderpornographie" an, auf die sich zuvor bereits die Verhandlungspartner von Rat und Parlament geeinigt hatten. Die neue Richtlinie enthält EU-weite Regelungen zu Prävention, Strafverfolgung und Opferschutz. Höhere Strafen erwarten vor allem Vertrauenspersonen oder Personen mit Entscheidungsbefugnis oder Einfluss auf das Kind, die es missbrauchen, sowie der Missbrauch von aufgrund einer Behinderung oder Betäubung besonders gefährdeten Kindern. Da ungefähr 20 Prozent der Sexualstraftäter nach ihrer Verurteilung weitere Straftaten begehen, schreibt die Richtlinie vor, dass verurteilte Straftäter "zeitweise oder dauerhaft daran gehindert werden sollen, berufliche Tätigkeiten auszuüben, die direkten und regelmäßigen Kontakt mit Kindern beinhalten". Arbeitgeber haben das Recht, wenn sie jemanden einstellen, Informationen über Verurteilungen für sexuelle Straftaten an Kinder anzufordern. Mitgliedstaaten dürfen weiterreichende Maßnahmen wie beispielsweise die Erfassung von verurteilten Tätern in "Sexualstraftäter-Registern" ergreifen. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen außerdem dafür sorgen, dass sich auf Servern auf ihrem Hoheitsgebiet keine Internetseiten befinden, die Kinderpornographie enthalten oder verbreiten. Es ist ein Verhandlungserfolg der Liberalen, dass der Vorschlag einer EU-weiten Sperrinfrastruktur keine Mehrheit bekam und stattdessen die Verantwortung für die Umsetzung dieser Regelung - ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips - bei den Mitgliedsstaaten liegt. Befindet sich der Server einer kinderpornographischen Internetseite in einem Staat außerhalb der EU und ist der Staat nicht zur Zusammenarbeit in dieser Sache bereit, können EU-Staaten die entsprechenden Seiten für die Internetuser auf ihrem Hoheitsgebiet sperren. Die Anzahl von kinderpornographischen Internetseiten wächst stetig. Schätzungen zufolge werden täglich 200 kinderpornographische Bilder in Umlauf gebracht. Immer jüngere Kinder werden pornographisch dargestellt, und die Bilder werden expliziter und gewalttätiger. Sich pornographisches Material von Kindern im Internet anzusehen, wird nach der neuen Richtlinie mit mindestens einem Jahr Gefängnis bestraft.

Diesjähriger Sacharow-Preisträger gewählt

Die diesjährigen Gewinner des Sacharow-Preises für geistige Freiheit wurden in der vergangenen Plenarwoche in Straßburg vom Parlamentspräsidenten Buzek und den Fraktionsvorsitzenden gewählt und im Plenum verkündet. Die Wahl fiel auf fünf Vertreter des "Arabischen Frühlings", Aktivisten aus Ägypten, Libyen, Syrien und Tunesien. Nach den Worten des Parlamentspräsidenten möchte das Europäische Parlament mit seiner Entscheidung seine Solidarität mit der arabischen Welt und seine Unterstützung in ihrem Kampf für um Freiheit, Demokratie und Beendigung autoritärer Regime zum Ausdruck bringen. Der Preis sei ein "Symbol für all diejenigen, die sich in der arabischen Welt und darüber hinaus für Würde, Demokratie und Grundrechte einsetzen." Der Sacharow-Preis für geistige Freiheit ist nach dem sowjetischen Physiker und Menschenrechtsaktivisten Andrei Sacharow benannt und wird seit 1988 jährlich vom EU-Parlament an Individuen oder Gruppen verliehen, die einen wichtigen Beitrag zum Kampf für Menschenrechte und Demokratie geleistet haben. Er ist mit 50 000 Euro dotiert und wird dieses Jahr am 14. Dezember in einer feierlichen Plenarsitzung des Parlaments in Straßburg überreicht werden.

Vereinfachte Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe

EU-Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe sollen vereinfacht werden, um die Teilnahme an europaweiten Ausschreibungen auch für kleine und mittelgroße Unternehmen attraktiver zu machen. Eine entsprechende Entschließung hat das Europaparlament in Straßburg angenommen. Nach dem Willen des Parlaments sollen Vergabebehörden bei der Zuschlagserteilung neben dem Preiskriterium verstärkt auch die Qualität der zu beschaffenden

Waren und Dienstleistungen berücksichtigen. Der Linie der Liberalen entsprechend wurden verbindliche Zuschlagskriterien für öffentliche Auftraggeber abgelehnt. Sinnvoll ist auch, dass Vergabebehörden bei der Bewertung des günstigsten Angebots künftig die gesamten Lebenszykluskosten betrachten sollen, denn das zunächst billigste Angebot erweist sich am Ende nicht immer als das wirtschaftlich günstigste.

Wir Liberalen haben vor allem Vorschläge zur Verbesserung des Zugangs für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unterstützt, denn KMU erhalten immer noch weniger öffentliche Aufträge als ihrem Anteil an der Wirtschaft entsprechen würde. Außerdem konnten wir die Forderung nach einer Abschottung des europäischen Beschaffungsmarktes von Bietern aus Drittstaaten verhindern, was den Handelsbeziehungen mit unseren internationalen Partnern sehr schaden würde. Kritisch ist jedoch aus Sicht der FDP im Europaparlament eine Erhöhung der Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen. Studien belegen, dass die Kostenersparnis durch den größeren Wettbewerb den zusätzlichen Aufwand rechtfertigt, den europaweite Ausschreibungen mit sich ziehen.

Konkrete Vorschläge der EU-Kommission zur Überarbeitung der Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe sind bis Jahresende angekündigt.

Europäische Strategie für den Einsatz von Antibiotika

Der zunehmenden Unwirksamkeit der Antibiotika und die damit verbundene Gefahr der Ausbreitung von Viren und Bakterien muss mit strengeren Regeln entgegengesteuert werden. In einer rechtlich nicht bindenden Resolution fordert das Parlament eine europäische und internationale Gesamtstrategie, um den unsachgemäßen Gebrauch von Antibiotika in der Tier- und Humanmedizin zu verhindern und Anreize für die Entwicklung neuer Antibiotika zu geben. Dazu sollen öffentliche Aufklärungskampagnen von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten gehören, da die Hälfte der Bevölkerung nach wie vor irrtümlicherweise annimmt, dass Antibiotika zur Behandlung von Erkältungen, Virus- und Grippeerkrankungen geeignet sind. Außerdem soll die EU-Kommission Anreize zur Intensivierung der pharmazeutischen Forschung in diesem Bereich setzen, da in den vergangenen Jahrzehnten kaum neue Antibiotika auf den Markt gekommen sind.

Die Verwendung von Antibiotika als Wachstumsförderer in der Tierzucht ist in der EU bereits verboten, nun sollte aber auch deren systematischer "prophylaktischer" Einsatz eingeschränkt werden. Die Resolution fordert eine weitgehende Trennung der bei human- und tiermedizinischen Arzneimitteln eingesetzten Wirkstoffe, damit die Antibiotikaresistenzen nicht vom Tier auf den Menschen übergehen. Zudem sollte die EU den landwirtschaftlichen Einsatz von Antibiotika, die bei problematischen Fällen als „letztes Mittel“ gelten, überwachen.

Gesundheits-Kommissar John Dalli kündigte an, dass die Kommission einen fünfjährigen Aktionsplan im November vorstellen wird.

Globale Wirtschaftsordnung

Die weltweite Koordinierung von Wirtschaftssystemen muss radikal reformiert werden wie Ungleichheiten im Handel, beschleunigtes oder langsames Wirtschaftswachstum und ein stark verflochtenes Bankensystem aufzeigen. Das Europaparlament hat in Straßburg eine Resolution angenommen, die eine Strukturreform des Internationalen Währungsfonds, das Ende von politischer Einmischung in Wechselkurse und Regeln zur Trennung von Spekulationsgeschäften und traditionellen Bankfunktionen fordert.

Entschließung zur Unterstützung alleinerziehender Mütter

Die rechtlich nicht bindende Entschließung, die das Parlament in Straßburg annahm, enthält konkrete Vorschläge zur besseren Unterstützung alleinerziehender Mütter. Danach sollten die

EU-Mitgliedstaaten Familienzentren einrichten, in denen junge alleinerziehende Mütter ohne oder mit wenig Einkommen eine zeitweilige Unterkunft finden sowie Beratung und Bildungsangebote nutzen können. Zudem werden Wohnungsbeihilfen, Priorität auf Wohnungswartelisten und Steuererleichterungen für Alleinerziehende sowie finanzielle Anreize für Unternehmen, die Betriebskindergärten einrichten, vorgeschlagen. Die Entschließung enthält auch Vorschläge für Bildungs- und Weiterprogramme, die aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert werden könnten. Angesichts der Tatsache, dass statistisch alleinerziehende Mütter in ganz Europa weniger gebildet sind als verheiratete, ist Bildungsförderung ein wichtiges Instrument, um Mütter vor Armut zu schützen.

Selbstverbrennung von Nonnen und Mönchen in Tibet

Mit einer von vier Fraktionen eingebrachten gemeinsamen Resolution zur Menschenrechtssituation in Tibet brachte das Europaparlament seine Besorgnis über die jüngsten Meldungen zur zunehmenden Gewalt an tibetischen Mönchen zum Ausdruck. In der zugehörigen Plenardebatte forderte ich unsere europäischen Regierungsvertreter zum Handeln auf. Wenn junge Menschen im Alter von 18 und 19 Jahren keinen anderen Weg des Protestes mehr sehen als sich selbst zu verbrennen und dadurch für die Religionsfreiheit ihrer Mitmenschen zu kämpfen, müssen wir etwas tun. Die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zu China für die Europäische Union darf kein Grund sein, zu diesem Thema zu schweigen. Der Dalai Lama und seine Anhänger setzen ihre Hoffnung auf uns in Europa.

Schärfere Regeln gegen mafiöse Unterwanderung

Um sicherzustellen, dass mafiöse Organisationen nicht auf EU-Mittel zugreifen können, fordert das EU-Parlament in einer Resolution schärfere Regeln. Sie sollen die Rückverfolgbarkeit von EU-Mitteln durch Institutionen, Bürger und Presse festlegen, wobei besonderes Augenmerk auf die lokale Verwaltungen gelegt werden sollte, da diese am anfälligsten sind. Unternehmen mit Verbindungen zu organisiertem Verbrechen sollen durch neue Gesetze und Transparenz in den Finanzströmen abgehalten werden, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen. Das Parlament soll zudem eine Sonderkommission einrichten, die untersucht, wie kriminelle Organisationen den öffentlichen Sektor und die legale Wirtschaft unterwandern. Neue Vorschriften und Ehrenkodizes der Fraktionen sollen ausschließen, dass verurteilte Mitglieder krimineller Organisationen für das Europäische Parlament kandidieren können.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Verkehrsausschuss

Neue Verkehrsnetze, neue Chancen für das Exportland Deutschland

Die Europäische Kommission hat am 19. Oktober 2011 den Vorschlag für eine Überarbeitung der Leitlinien für die transeuropäischen Verkehrsnetze präsentiert. Darin wird sowohl das „Kernnetz“ der wichtigsten Verkehrsachsen durch Europa als auch das „Gesamtnetz“ der grundlegenden Verbindungslinien neu festgelegt. Lückenlose Verbindungswege durch Europa sind zugleich logische Konsequenz und Bedingung für einen gut funktionierenden Binnenmarkt.

Mit den neuen Leitlinien erhält endlich auch der bisher vernachlässigte Norden Deutschlands die nötige Aufmerksamkeit durch die EU. Das wirtschaftliche Potenzial unserer Nordseehäfen und ihrer guten Hinterlandanbindung ist von der Kommission erkannt worden. Die Häfen Bremen, Bremerhaven, Hamburg und Wilhelmshaven wurden ins "Kernnetz" aufgenommen. Ebenso die West-Ost-Achse Amsterdam-Hannover-Berlin-Warschau mit ihrer Transportkapazität, die man bereits jetzt fast dreifach nutzen kann: auf Straße, Schiene und

Wasserstraßen. Darauf habe ich in Verkehrskreisen immer wieder hingewiesen. Die EU-Kommission veranschlagt für die Transportinfrastruktur im Zeitraum 2014 bis 2020 Finanzmittel von 31,7 Milliarden Euro. Insgesamt stehen im Programm Connecting Europe Facility 50 Milliarden Euro für europäische Infrastrukturprojekte in den Bereichen Transport, Energie und Breitband zur Verfügung. Nun müssen wir in Deutschland die Chance nutzen, europäische Finanzhilfen für den Ausbau zu bekommen.

Ausschuss für Frauen und Gleichstellung

Delegationsreise nach Israel und Palästina

Obwohl bei der Delegationsreise vom 1. bis 4. November vor allem Themen aus der Arbeit im Frauenausschuss auf dem Programm standen, spielte natürlich der Antrag von Palästinenserpräsident Abbas auf Anerkennung Palästinas bei der UN und der Unesco eine Rolle. In Jerusalem trafen wir Ausschussvorsitzende in der Knesset, in Ramallah diskutierten wir mit dem Regierungspräsidenten Dr. Fayyad, mit 5 Ministerinnen aus seinem Kabinett und der Bürgermeisterin von Ramallah, die gerade kurz vor Abschluss einer Städtepartnerschaft mit Bonn steht. Die meiste Zeit entfiel auf Gespräche mit Vertreterinnen von NGOs - im Gazastreifen und in der Westbank, aber auch in Jerusalem und Tel Aviv. Fazit: Die Situation in diesem durch Mauer, Wachtürme und umfangreiche Checkpoints geteilten Landstrichs erinnert baulich sehr an die ehemalige deutsch-deutsche Grenze, wobei Israel in der deutlich stärkeren Position ist. Die Fronten der Regierungsvertreter auf beiden Seiten sind verhärtet, die Anerkennung Palästinas durch die Unesco hat die Situation noch verschärft. Insbesondere im Gazastreifen sind die Menschen erheblichen Entbehrungen ausgesetzt, die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch, Kinder und Jugendliche haben kaum Entwicklungschancen. Bei den Frauen in den NGOs gibt es auf beiden Seiten großes Engagement für eine friedliche Lösung des Konfliktes und vielfältige Versuche, die Lebenssituation für Familien in den besetzten Gebieten zu verbessern. Bei MACHSOM WATCH haben sich auf israelischer Seite 500 Frauen (teilweise deutscher Herkunft) ehrenamtlich organisiert, um auf menschenunwürdige Vorgänge an den Checkpoints hinzuweisen. Sowohl die EU als Mitglied des "Quartetts" in den Nahostverhandlungen als auch Deutschland mit seiner historisch besonderen Stellung zu Israel sind gefordert, auf eine friedliche Lösung dieses Dauerkonflikts hinzuwirken.

Teamklausur in Goslar

In der dritten Teamklausur meiner Büros waren wir nach Klausuren auf Baltrum/ Wattenmeer und in Stade/ Hamburg dieses Mal in Goslar und im Harz. Bei den Führungen im Nationalpark Harz und im Rammelsberg wie auch am Abend beim Treffen mit Parteiliebenden standen - passend zu meinem Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr - touristische Fragen im Mittelpunkt. Bei Cutec in Clausthal-Zellerfeld und in einem Gespräch mit dem Goslarer Bürgermeister diskutierten wir innovative Projekte im Wirtschaftsstandort Harz und Fördermöglichkeiten durch die EU. Die nächste Teamklausur wird im März in Papenburg stattfinden.

Herzliche Grüße aus Brüssel!

Ihre

Gesine Neffner

08.11.2011